

Mittwoch, 13. August 1930 - 78. Jahrgang Nr. 379

Berliner

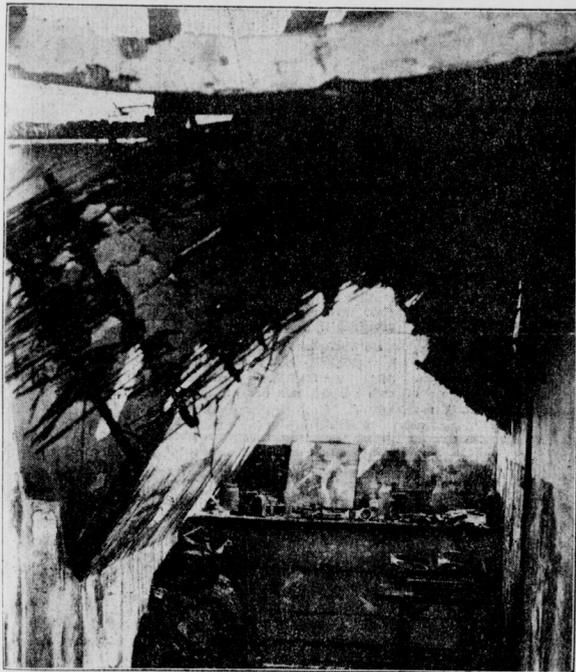
Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 5 Pfennig

# Volks-Zeitung

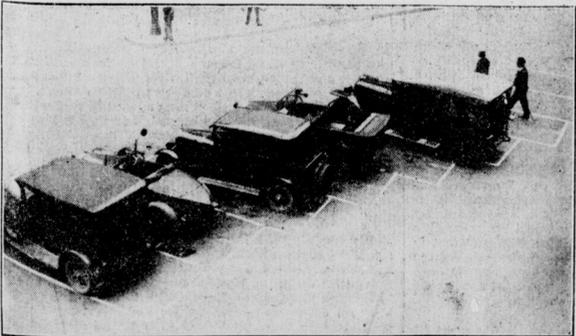
## Wieder Sturz aus dem D-Zug Raubüberfall auf Postauto

**Grossfeuer in Schöneberg**



In einer Bodenkammer brach ein Brand aus, der sich in kurzer Zeit über den ganzen Dachstuhl verbreitete

**Eine neuartige Parkordnung**



In Budapest müssen die Wagen auf schmalen Strassen stufenweise halten

**Aus dem neuen Kriegsgebiet**



So sehen die Kurdsiedlungen in dem an die Türkei grenzenden persischen Gebiet aus

**Das Denkmal der Arbeit**



Professor Thorack vor der Figur „Mutter und Kind“ seines Denkmals in dem neuen Charlottenburger Wohnviertel

# Eingreifen des Völkerbundes? Im türkisch-per-sischen Konflikt

LONDON, 13. August.  
Zu der Nachricht vom Vorrücken türkischer Truppen auf persisches Gebiet sagt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“:

„Dieser Schritt der Türkei wird unvermeidlich eine Spannung zwischen Ankara und Teheran herbeiführen. Aber es herrscht keine Sorge, dass ein erster Konflikt die Folge sein könnte. Es wird bereits von einem Abrufen des Völkerbundes durch Persien gesprochen.“

Da aber die Türkei kein Bundesmitglied ist, würde sie vielleicht eine Einladung, ihren Standpunkt vor dem Völkerbundsrat zu vertreten, nicht annehmen. Ueberdies würde die persische Regierung unter den nützlichen Grenzstämmen zu halten. Von einem solchen Bemühen war bisher nichts zu bemerken, wofür allerdings nicht so sehr Mangel an gutem Willen, als vielmehr die Tatsache verantwortlich sein dürfte, dass Teheran in dem dortigen Gebiet nicht genügend reguläre Truppen besitzt.

## Indischer Guerillakrieg dauert an Metzeleien im Uberschwemmungsgebiet — Neue Verhaftungen im Salzkrieg

LONDON, 13. August. (Eigener Bericht.)  
Der Hauptgefahrpunkt an der nordindischen Grenze ist jetzt von Peschawar nach dem 150 Kilometer westlich gelegenen Bezirk von Kurram gerückt. Die Regierung hat deshalb die

Frauen und Kinder aus Paraschinar mit Flugzeugen abtransportiert. Die Afridis, die jetzt mit den Orakzais verbunden sind, haben das Fort Badama angegriffen, wurden aber unter Zurücklassung vieler Toter abgewiesen.

Auch vor Peschawar dauert der Guerillakrieg an. Deans Hotel und die europäischen Bungalows wurden zwei Stunden lang von herumstreifenden Banden beschossen.

Trotzdem ist der Simlauer „Times“-Vertreter der Ansicht, dass die Hauptstärke des feindlichen Angriffs auf Peschawar bereits gebrochen ist. Es sei den Afridis nicht gelungen, einen sensationellen Handstreich auszuführen, der andere Grenzstationen zur Nacheilung angestachelte hätte. Man glaube, dass bereits grosse Abteilungen der Afridis die Hoffungslosigkeit ihres Unternehmens eingesehen hätten und sich auf dem Rückmarsch nach ihren Heimatdörfern befänden.

Der Bandenterror im Uberschwemmungsgebiet des Sind dauert an. Die Greuelthaten haben dort einen derartigen Umfang angenommen, dass

die Einwohner ganzer Dörfer — „Daily Telegraph“ spricht von zwanzig — abgeschlachtet wurden.

Da eine weitere Ausdehnung der Ueberfälle erwartet wird, wurden sämtliche in Karatschi verfügbaren Truppen nach den bedrohten Gebieten entsandt.

Auch der Gandhi-Krieg hat neue Opfer gefordert. In Ahmedabad versuchten einige Nationalisten sogenannte Gandhi-Salze zu verkaufen, wobei sie in ein Handgemenge mit der Polizei kamen. 30 Personen wurden verurteilt, 20 verhaftet. Gandhi

selbst hat inzwischen im Gefängnis von Puna eine Besprechung mit den beiden Nehrus gehabt.

LONDON, 13. August. (W. T. B.)  
„Daily Herald“ meldet aus Peschawar: 20 Angehörige des Kohldaman-Stammes, die an dem letzten Aufstand in Afghanistan teilgenommen hatten und gefangen genommen worden waren, wurden auf Befehl des Königs Nadir Khan erschossen. Ihre Leichen wurden an den Toren von Kabul aufgehängt.

## Tschangscha geräumt

HANKAU, 12. August.  
Die Regierungstruppen haben Tschangscha geräumt; die Wiederbesetzung der Stadt durch die Kommunisten steht bevor. Die Einwohner sind von Papi kergrieffen und flüchten zu Tausenden. Die Meldung ist bisher von der Zensur zurückgehalten worden.

PARIS, 12. August. (W. T. B.)  
Nach einer Havas-Meldung aus Hankau hat der Gouverneur von Hunan täglich fast 250 verdächtige Kommunisten hinhängen lassen. Kommunistische Elemente sollen erkräftigt haben, dass sie um sich zu rächen, sämtliche Personen zwischen 15 und 35 Jahren niedermetzeln würden.

Nach einer Havas-Meldung aus Hankau liegen dort jetzt 20 amerikanische und englische, neun japanische, vier französische und ein italienisches Kriegsschiff vor Anker, um die Sicherheit der Ausländer zu gewährleisten.

## Treviranus interpretiert sich

Minister Treviranus, dessen Rede bei der Kundgebung der Ostverbände im In- und Ausland so grosses Aufsehen erregt hat, wurde gestern im Rundfunk von Chefredakteur Dr. Bondy interviewt. Herr Treviranus, der, wie er selbst zugab, nicht in offiziellem Auftrage gesprochen hatte, trat in diesem Interview einen ziemlichen Rückzug an, wenn er auch an der grundsätzlichen Forderung, — und darin kann man ihm beipflichten — die Ostgrenzen zu revidieren, festhielt. Aber der Minister betonte, dass er selbstverständlich an eine derartige Revision niemals im Sinne abenteuerlicher, kriegerischer Mittel gedacht habe. Nur auf dem Wege friedlicher Verständigung könne das Unrecht der Grenzziehung beseitigt werden.

Treviranus erging sich weiter in einer etwas verschwommenen Definition des Begriffes „Frontsoldat“, aber im ganzen dürften doch seine Erklärungen geeignet sein, die im Ausland entstandenen Missverständnisse zu beseitigen. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, dass auch französische Blätter, wie die radikale „Volonté“ und der sozialistische „Populaire“ durchaus nicht das Aggressive aus Treviranus' Rede herausgehört haben, wie die nationalistische Hetzpresse jenseits des Rheins. So schreibt der „Populaire“, die Nationalisten aller Länder seien gleich. Auch Frankreich habe eine wichtige Klausel des Versailler Vertrags nicht innegehalten, nämlich die der allgemeinen Abrüstung!

## Der Spitzenkandidat für Potsdam I

Der Aktionsausschuss der Staatspartei für den Wahlkreis Potsdam I beschäftigte sich gestern mit der Kandidatenfrage. Nach längerer Aussprache beschloss der Ausschuss mit Mehrheit, anstatt des bisherigen demokratischen Abgeordneten Georg Bernhardt, den früheren Christlichen Gewerkschafter Arthur Adolf als Spitzenkandidaten aufzustellen.

## Jung-Naumann-Bund

Nachdem der deutsch-demokratische Landesverband Berlin-Brandenburg sich der Vereinigung unabhängiger Demokraten angeschlossen und den Austritt aus dem Reichsbund deutscher Jungdemokraten erklärt hat, haben sich alle diejenigen Mitglieder des Verbandes Berlin-Brandenburg, die im kommenden Wahlkampf die Unterstützung der Deutschen Staatspartei als ihre politische und jungdemokratische Pflicht betrachten, im Jung-Naumann-Bund Berlin-Brandenburg zusammengeschlossen. Der Jung-Naumann-Bund schliesst sich dem Reichsbund deutscher Jungdemokraten als Gruppe an und fordert alle Gleichgesinnten zu tätiger Mitarbeit auf. Vorsitzender Hans Beutler, Berlin W 30, Hohentauernstrasse 12.

## Keine Verfassungsfeier in Mecklenburg!

„Schlimmste nationale Würdelosigkeit“  
In Mecklenburg-Schwerin hat nach einem Beschluss des dortigen, von den Nationalsozialisten in sklavischer Abhängigkeit befindlichen Staatsministeriums eine Verfassungsfeier nicht stattgefunden. Die „Mecklenburgischen Blätter“, das Organ der bisherigen Deutschen demokratischen Partei, gisseln dieses unerhörte Verhalten mit herben Worten und rufen mit Recht: „Was in Schwerin vor sich geht, ist schlimmste nationale Würdelosigkeit.“ Dem Ministerpräsidenten Eschenburg, der „bislang für einen taktvollen und gerechten Politiker“ gehalten zu werden beanspruchte, wird seine Rücksichtnahme auf die Kreise, „die lediglich von Hass gegen die Republik erfüllt sind“, gebührend angekündigt.

Der tolle Zustand, dass ein deutsches Land das deutsche Staatsgrundgesetz zu feiern ablehnt, zeigt mit drastischer Klarheit die Notwendigkeit, den Verfassungstag endlich zum Nationalfeiertag zu erheben.

„Die Staatspartei — und was nun?“ lautet das Thema einer Mitgliederversammlung des Demokratischen Vereins „Waldeck“, am Donnerstag, den 14. August, 20 Uhr, im Demokratischen Klub, Viktoriastr. 24, stattfindend. Referent: Regierungsrat Dr. Mühle, Korreferent: Rechtsanwalt Willy Braubach. Aussprache, Parteifreunde und Klubmitglieder als Gäste willkommen!

## Die schlechte Führung der Volkspartei

Kritik Röchlings an dem Verhalten des Parteiführers Scholz — Ein Appell an die Wähler

KÖLN, 13. August.  
In der „Kölnischen Zeitung“ wendet sich Hermann Röchling gegen Dr. Scholz, dass er durch sein Verhalten die saarländische Vermittlungsaktion zwischen Volkspartei und Staatspartei zum Scheitern gebracht habe.

„Herr Scholz“, so erklärt Röchling, „wollte keine Vermittlung“. Das heisst also, die Stellungnahme des Vorstandes der Volkspartei war bereits derartig festgelegt, dass irgendeine Vermittlung überhaupt nicht möglich war. Alles, was nach ausen hin einen anderen Eindruck machte, war

lediglich Taktik.  
Die unklare, ja, man kann sagen, absolut verworrene Lage bei der Volkspartei ist offenbar dadurch entstanden, dass Herr Minister Scholz in Mannheim auf dem Parteitag zwar die Sammlungsparole ausgegeben hat, aber bei der nachträglichen Ausdeutung dieser Sammlungsparole sind dann wohl die alten Bedenken aufgestiegen, dass, wenn die Partei sich nach rechts erweiteren, sie ihren linken Flügel verliere, und wenn sie sich mit der linken Bürgergruppe verschmelze, der rechte ihr verlorengehe. Es scheint mir, dass diese Beurteilung der Schlage von einer Kleinligauigkeit an die parteimässige Entwicklung des

Bürgerturns getragen ist, die seinem Ideeninhalt wirklich nicht entspricht. Das grosse Echo, das unsere Vermittlungsaktion in den allerweitesten Kreisen der Volkspartei, ja bis weit in die Rechte hinein fand, hat erkennen lassen, dass

die Auffassung des Berliner Vorstandes und der Parteibürokratie, eine Sammlung des Bürgerturns könne nur gleichzeitig nach rechts und links gemacht werden, in der Wählererschaft der Volkspartei bestimmt nicht in dem Masse geteilt wird, wie der Parteivorstand dies glaubt.

Deshalb legt die Gelegenheit der jetzigen Reichstagswahl zweifellos den Parteikreisen, die anderer Meinung sind, wie der Berliner Parteivorstand, die Pflicht auf, ihren Einfluss, der vor einer Wahl natürlich grösser ist, als nach derselben, in aller energischer Weise geltend zu machen, dass

die Volkspartei-Kandidaten zu bindenden Erklärungen veranlassen werden

dahin, ihren Einfluss für eine Sammlung des Bürgerturns, wenn auch zunächst nur mit Hinblick auf die Staatspartei, einzusetzen.“

## Wann ist Stempelgehen strafbar?

Verurteilung wegen Verletzung der Arbeitspflicht

Das Amtsgericht Neukölln hatte sich gestern mit der Frage zu beschäftigen, ob ein Arbeitnehmer bestraft werden muss, der wegen Verletzung seiner Arbeitspflicht entlassen wird und dann die Arbeitslosenversicherung in Anspruch nimmt. Das Amtsgericht kam zu einer Bejahung dieser Frage.

Der Verhandlung lag folgender Tatbestand zugrunde: Der 32jährige Arbeiter Kurt H. war längere Zeit arbeitslos und wurde dann für einige Zeit bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Seine häufigen Verspätungen und zu langen Pausen veranlassten die Vorgesetzten des Betriebes, den Arbeiter zu ermahnen, der aber trotzdem keine Neigung zeigte, seiner Arbeitspflicht gewissenhafter nachzukommen, sondern vielmehr noch aufässig wurde. Unzweifelhaft gab er zu verstehen, dass er nur auf seine Entlassung warte, da er ja Arbeitslosenunterstützung beziehen werde. Tatsächlich wurde H. dann auch wieder entlassen und nahm die Arbeitslosenversicherung in Anspruch. Dieser Vorfall wurde der Arbeitslosenversicherung bekannt, die

Anklage wegen Müssigganges  
aus Paragraph 361 Absatz 5 erhob. In der Verhandlung gab der Angeklagte seine Nachlässigkeit unumwunden zu, die auch von einigen Arbeitskollegen als Zeugen bestätigt wurde. Mit der Arbeitslosenversicherung kam das Gericht zu der Überzeugung, dass für diesen Fall der Paragraph 361 durchaus Anwendung finden müsste, da der Angeklagte sich durch Müssiggang, wie es im Gesetz heisst, in einen solchen Zustand versetzt habe, dass zu dessen Unterhaltung öffentliche Gelder verwendet werden müssten. Die Strafe lautete auf eine Woche Haft mit Bewährungsfrist.

## Aufgeschoben, dann aufgehoben

MÜNCHEN, 13. August.  
Die bayerische Regierung hat heute eine Verordnung herausgegeben, durch welche das Inkrafttreten der durch Notverordnung eingeführten Schachtsteuer, das ursprünglich für 15. August vorgesehen war, bis zum 22. August hinauszugeschoben wird. Die Regierung will also die in der nächsten Woche in Aussicht stehende Entscheidung des Landtages über die Anträge auf Aufhebung der Schachtsteuernverordnung abwarten. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, dass der Landtag die Notverordnung ausser Kraft setzen wird.

Sie bleiben im Kittchen. In der Hochverratsache gegen die Ulmer Reichswehroffiziere, die vor einigen Monaten wegen politischer Untriebe in der Reichswehr verhaftet wurden, wurde die von den Angeklagten gegen den kürzlich zurückgewiesenen Hinterrücklassungsantrag eingeleitete Beschwerde abgelehnt, obwohl die Angeklagten eine beträchtliche Kautions stellen wollten.

## Staatsanwaltschaft gegen Goebbels

Berufung eingelegt

HANNOVER, 13. August. (W. T. B.)  
Gegen das freisprechende Urteil im Ministerbeleidigungsprozess Goebbels hat der Staatsanwalt heute Berufung eingelegt. Die neue Verhandlung dürfte in etwa acht Wochen in Hannover vor der Grossen Berufungskammer stattfinden.

Da die politischen Überwachungsbeamten sämtlich bekundet haben, Goebbels habe Braun und nicht Bauer, wie er behauptet, in beleidiger Weise angegriffen, so ist es nicht verständlich, dass das Gericht den Goebbelschen Entlastungszeugen mehr glaubte als denen, die dazu verpflichtet waren, auf jedes Wort des Nazi-Agitators zu achten. Wir begrüssen daher den Versuch der Staatsanwaltschaft, das freisprechende Urteil umzustossen.

## Nazi-Ehrabschneiderei

trägt einen Monat Gefängnis ein

ESSEN, 13. August.  
Vor dem erweiterten Essener Schöffengericht stand gestern der bisherige nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Josef Wagner, verantwortlicher Redakteur des Wochenblattes „Die neue Front“. In einem längeren Artikel dieser Wochenchrift war dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Levy vorgeworfen worden, er sei ein „Gesinnungsfreund der kommunistischen Mörder. Er verteidige skrupellos Verbrecher, die des Mitleids nicht würdig seien“ usw. Der Angeklagte behauptet, diesen Artikel weder geschrieben noch vorher gelesen zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten antrengemäss zu einem Monat Gefängnis.

## Kölns Haushaltsdefizit

KÖLN, 13. August. (Eigene Meldung.)

Das Haushaltsdefizit Kölns ist im letzten Vierteljahr auf insgesamt 9½ Millionen Mark — die bisher grösste Defizitziffer — angestiegen. Anstatt der planmässig aufgestellten Steuereinnahmen für das letzte Vierteljahr von 23 Millionen sind nur 20 Millionen eingegangen. Dieses Defizit verteilt sich in erster Linie auf die Gewerbesteuer, auf die Vergnügungssteuer und die Einkommensteuer. Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat in letzter Zeit scharfe Sparmassnahmen angeordnet.

Abfahrt des Königs Fessal. Der Irak-König Fessal hat mit seinem Gefolge Berlin verlassen. Er ist nach Paris abgereist.



